

Rede zum Haushalt 2013

Johannes Krause (Fraktionsvorsitzender der SPD Stadtratsfraktion Halle (Saale))

- *es gilt das gesprochene Wort* -

Der Haushaltsplan 2013, so wie er uns heute vorliegt, ist mit einem großen Gestaltungsanspruch des neuen Oberbürgermeisters verbunden. Da ist zunächst:

- die äußerlich neue Art der Haushaltsaufstellung und Beratung, dann
- eine Verwaltungsreform mit dem Anspruch die Verwaltung zu verschlanken, und dann noch
- die Vorlage eines Haushalts, der ausgeglichen sein soll.

Wurde dieser Anspruch erfüllt? Was ist davon tatsächlich eingelöst worden?

Zunächst: Wir haben Haushaltsberatungen erlebt, wie ich sie nicht noch einmal haben möchte.

Der Oberbürgermeister hat nach einer dreitägigen Haushaltsklausur einen überarbeiteten Haushaltsplan vorgelegt, der ausgeglichen aussah. Das Wort von der schwarzen Null machte die Runde. Da war aber keine schwarze Null, da waren nur die altbekannten Mittel, die eine Kämmerei anwendet, wenn es knapp wird: knappe Kalkulation bei Pflichtleistungen und Kürzungen bei Unterhaltungstiteln wie Wasserspiele, Grünschnitt, Spielplatz- und vor allem Straßenunterhaltung. Hinzu kam eine absurd hohe Kürzung bei der Finanzierung der Kinderbetreuung. Die wurde uns in aller Unschuld als neue Art der Haushaltsplanung untergeschoben. Der Oberbürgermeister erklärte dazu, er habe bei dieser Kürzung zum einen die PPP-Verträge bei einzelnen Kindertagesstätten und zum anderen die Betriebskosten der Einrichtungen, sowohl der Träger als auch des Eigenbetriebes im Auge. Eine Kürzung von 6,5 Millionen €! In allen Kindertagesstätten der Stadt fallen insgesamt nur etwa 6 Millionen € Betriebskosten im Jahr an. Damit nicht genug: Die geplante Kürzung widersprach dem bereits im Eigenbetriebsausschuss beschlossenen Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kindertagesstätten. Dieser ist aber unverzichtbarer Bestandteil des Haushaltsplans. Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs lag dann dem Finanzausschuss am 19. Februar eigentlich zu Beratung vor. Hätten wir ihn dort beschlossen, hätten wir am 21. Februar sicher eine interessante Haushaltsberatung im Finanzausschuss gehabt. Die Verwaltung hat ihn zurückgezogen, übrigens mit der abenteuerlichen Begründung, der Wirtschaftsplan müsse sich letztlich an der Zuschusshöhe orientieren, die der Haushaltsplan vorschreibe. Diese Aussage war nur noch ein Rückzugsgefecht. Offensichtlich ist es dann doch jemandem im Rathaus aufgefallen, dass es genau andersherum sein muss. Wie kann denn der Rat einen Wirtschaftsplan beschließen, der den Eigenbetrieb von vornherein unvermeidbar in die Insolvenz führt? Darum wurde die Vorlage zurückgezogen und aus keinem anderen Grund.

Die Fraktionen haben es der Verwaltung erspart, in einer Beratung über einen Haushalt vorgeführt zu werden, dessen Zahlen zum Teil falsch sind und sich dazu noch in sich selbst widersprechen. Wir haben der Verwaltung die Chance gegeben, sich zu sortieren und die Haushaltsberatung vertagt. Herr Dr. Wiegand hat eine Menge Theaterdonner um die nicht stattfindenden Sitzungen des Finanzausschusses veranstaltet und die Ablenkung, die dadurch entstanden ist, genutzt, um von den Herren Rauschenbach und Geier einen wiederum überarbeiteten Haushaltsplan vorlegen zu lassen. Dieser hat mit dem Ergebnis der vielgepriesenen dreitägigen Klausur der Verwaltungsspitze vom Dezember nur noch wenig zu tun. Insbesondere die Kürzung bei der Kinderbetreuung wurde wieder zurückgedreht. Nur die Null ist geblieben, eine Buchhalternull, bei der wir am Ende des Jahres mehr Kassenschulden haben werden als heute. Die neue Überarbeitung des Haushalts hat auch gezeigt, was von der neuen Art, den Haushalt zu beraten, zu halten ist. Die Dezernate sollten budgetiert werden, innerhalb dieser Budgets ihre Schwerpunkte setzen und der Rat nur noch die Schwerpunkte zwischen Politikfeldern verschieben. Das ist für uns okay, wir streben das seit Jahren an. ABER das setzt voraus, dass die Budgets dem tatsächlichen Bedarf entsprechen und die Unterfinanzierung von Haushaltsstellen ausgewiesen und transparent gemacht werden. Allein die Tatsache, dass Ihr „Klausurhaushaltsplan“, Herr Dr. Wiegand, überarbeitet werden musste und wir im Ergebnis dann unsere Befürchtung bestätigt fanden, nämlich, dass vielmehr willkürlich eingegriffen worden war und kein Budget stimmte, zeigt uns, dass Sie auch hier Ihren Anspruch eines wirklich ausgeglichenen Haushalt nicht eingelöst haben. In Zukunft wird man beim 2013er Haushalt von der doppelten Null, vom doppelten Effekt sprechen. Ob damit das öffentliche Vertrauen in einen redlich aufgestellten Haushalt gestärkt wird, wage ich zu bezweifeln. Die Räte haben in den Beratungen dem SPD-Antrag zur Ersatzpflanzung von Bäumen zugestimmt. Dafür bedanke ich mich. Es gab auch noch andere Anträge zur Grünpflege, zu Spielplätzen und Straßen. Für alle Anträge gibt es Kostendeckungsvorschläge. Dadurch kommt also die 2013er Null nicht in Gefahr.

Wenn wir uns dann den vom Oberbürgermeister selbst vorgelegten Stellenplan 2013 ansehen, kann aus unserer Sicht von Ausgeglichenheit gar keine Rede sein.

Eines möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich klarstellen: Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass ein neuer OB sein Mandat mit eigenen Vorstellungen ausfüllt und diesbezügliche Veränderungen, auch in der Verwaltungsstruktur, vornimmt. Doch auch er muss die für uns alle geltenden Grundregeln einhalten und sollte gerade in einer so gravierenden Zeit der Veränderung bemüht sein, eine Vertrauensebene zu schaffen.

Das gilt in die Verwaltung hinein zu allen ca. 2500 Beschäftigten, für die er als oberster Vorgesetzter eine besondere Fürsorgepflicht hat, und zwar für jeden. Das gilt aber auch für die Bürger und den Stadtrat. Die Art und Weise Ihres des Vorgehens, Herr Dr. Wiegand, war jedoch alles andere als Vertrauen schaffend. Ich werde auf die Versetzung verschiedener Amtsleiter nicht weiter eingehen. Hätte sich jedoch ihre Vorgängerin erlaubt zeitgleich drei sehr gut bezahlte, auf ihrem Gebiet sehr kompetente Amtsleiter in das Sozialamt abzuschicken, dann hätte ich mal das Echo der Medien, den Protest des Rates und auch Ihre Reaktion erleben wollen. Sie teilen aber offensichtlich auch in der Verwaltung nach Freund und Feind ein. Selbst durch intensive Nachfragen unsererseits kommen Sie gar nicht auf die Idee in die Gremien des Rates zu gehen und diese wenigstens im nachhinein von ihren Absichten zu informieren. Dass der Rat nach einem solchen, zumindest für uns willkürlichem Gebaren, die Hauptsatzung in Personalangelegenheiten ändern will, ist also nur folgerichtig.

Wir haben ja gleiches bei unseren Nachfragen zu Ihrem Entwurf des Stellenplan 2013 erlebt. Viele wichtige Fragen wurden mit der lapidaren Bemerkung beantwortet, dass keine Antwort erfolgt, weil die Angelegenheit in der Handlungshoheit des OB läge. Selbst, wenn das in einigen Fällen zutrifft, so haben Sie Herr Dr. Wiegand aber eine Informationspflicht. Dieser sind Sie auch in Bezug auf den Stellenplan nur sehr mangelhaft nachgekommen. Genau aus diesem Umstand entstand auch der Änderungsantrag zum Stellenplan, der im Finanzausschuss schon Zustimmung fand.

Wir haben uns in unserem Änderungsantrag auf die wichtigsten Sachverhalte konzentriert. Ihre Veränderungen im Stellenplan, bei der wir ebenfalls zu keiner Zeit wirklich einbezogen waren, kosten der Stadt Halle einen zusätzlichen sechsstelligen Betrag. Da sind offenbar die von mir geschätzten 400 bis 500 T€ noch gutes Mittelfeld. Andere Berechnungen liegen da wesentlich höher, ausgenommen die der Verwaltung, aber wen wundert das wirklich. Den entgangenen Beitrag zur Konsolidierung, der im Personalbereich über Fachkonzepte in den letzten Jahren erzielt werden konnte, haben wir dabei noch nicht betrachtet. Wir sagen, dass es einen realen Weg gibt, diese zusätzlichen Personalkosten deutlich zu minimieren bzw. ganz zu vermeiden. Die benötigte Kompetenz befindet sich in der Verwaltung. Hier muss gesucht und nicht von außen eingestellt werden. Die Stadt kann sich die von außen erzeugten Aufwüchse nicht leisten.

Es wäre ehrlicher gewesen, Herr Oberbürgermeister zuzugeben, dass ihre Haushaltklausur im Dezember kein haltbares Ergebnis hatte, dass Sie Rat von außen brauchten und die ersten Vorschläge nicht Ziel führend waren. Das ist keine Schande im ersten Monat nach der Amtsübernahme. Wir wissen alle, dass Sie einer ausgesprochen schwierigen Haushaltssituation gegenüberstehen und dass die Verwaltung hierfür nicht die Hauptverantwortung trägt.

Sie haben es vorgezogen, die große Show zu machen und mit dem Finger auf den Rat zu zeigen. Im Sinne der Sache wäre es angezeigt, das Land auf die Einnahmeschwäche Halles gegenüber den anderen Großstädten und die Ursachen dafür hinzuweisen. Wir müssen das gemeinsam auf die Tagesordnung setzen, wenn wir mit dem Land über die Konsolidierung des Haushalts und den Abbau der Kassenschulden reden. Auch im Jahr 2013 liegen Gemeinden nicht im Gebiet der Stadt, die restlos mit der Stadt verbunden sind und in denen 30 Millionen € Steuern und Zuweisungen anfallen.

Sie haben, Herr Oberbürgermeister, Ihren Gestaltungsanspruch ad absurdum geführt, indem Sie die Beratung dieses Haushaltsplans als einem Kampf gegen Feinde der von Ihnen vertretenen guten Sache inszeniert haben. Diese Feinde sahen sie in der Ratsmehrheit und sie haben es dabei nicht unterlassen, den Eindruck zu erwecken, es ginge um Parteiinteressen, die gegen die Ideen des „unabhängigen“ Oberbürgermeisters stünde. Als ginge es um die Rache der Wahlverlierer am siegreichen Dr. Wiegand. Wenn man den Medien Glauben schenken darf, sind Sie ja offensichtlich auch der Auffassung, dass Ihre Parteilosigkeit Ihnen die nötige Unabhängigkeit und Objektivität garantiert. Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Eine solche Auffassung ist nicht nur objektiv falsch, sondern schadet auch unserer demokratischen Grundordnung, die die Mitwirkung in Artikel 21 unserer Verfassung ausdrücklich vorsieht. So schaffen sie allseitigen Verdruss, nicht zuletzt auch bei den Bürgern. Das war schädlich für die Beratungen, schädlich für das Arbeitsverhältnis von Stadtrat und Verwaltung und schädlich für das Außenbild der Stadtpolitik insgesamt.

Was bleibt nun vom großen Gestaltungsanspruch? Eine Null! Eine Null mit Schaden. Damit dieser Schaden nicht noch auf Endergebnis der Haushaltsberatungen durchschlägt, werden wir dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf mit den genannten Änderungen zustimmen. Wir haben große Zweifel, dass dieser Haushaltsplan genehmigungsfähig sein wird, denn nach der Buchhalternull plant dieser Haushalt ein großes schwarzes Loch von mehr 50 Millionen neuen Kassenschulden in den nächsten drei Jahren und allein deshalb wird die Kommunalaufsicht die Genehmigung wohl versagen. Wir wollen aber auch den Weg freimachen für die Aufstellung des Haushaltsplans 2014 und Ihnen die Möglichkeit eröffnen, GEMEINSAM mit dem Land einen Weg aus unserer Haushaltsnotlage zu finden. Das ist die einzige Chance eine drohende Zwangsverwaltung abzuwenden.

Herr Dr. Wiegand: Nutzen sie diese Chance!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Halle (Saale), den 27.03.2013